

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 29.12.2017

Interview: Lena Ghazaleh

30.12.2017

«Es ist eine Polizei- und Soldatenstadt»

Israel: Palästinenser fühlen sich durch Trumps Entscheidung, Jerusalem zur Hauptstadt zu machen, an »Balfour-Erklärung« erinnert. Gespräch mit Habib al Adil



Foto: Wisam Hashlamoun/APA Images via ZUMA Wire/dpa

Sie leben in der Altstadt von Ostjerusalem und arbeiten in Ramallah. Können Sie derzeit wie gewöhnlich zur Arbeit fahren?

Da die Soldaten an den Checkpoints immer akribischer werden, rechnet jeder Palästinenser ein bis zwei Stunden mehr ein, um zur Arbeit oder nach Hause zu fahren. Aufgrund der Brutalität des Militärs muss ich außerdem meine Kinder jeden Tag zur Schule bringen und abholen. Ich kann mich nicht darauf verlassen, dass sie sicher ankommen. Kürzlich wurde ich von einem 18jährigen Soldaten drangsaliert, der versuchte, mich vor meiner Familie zu erniedrigen. Als er keinen Erfolg hatte, nutzte er seine Macht aus: Er ließ mich zwei Stunden warten, nur um meine Papiere zu überprüfen und mich dann anschließend aus unerklärten Sicherheitsgründen zurückzuschicken.

Ist die Stimmung in Ostjerusalem anders als beispielsweise in Ramallah?

Nicht wirklich, aber die Menschen in Ostjerusalem befinden sich ständig in direkter Konfrontation. Sie leiden unter starker psychischer und physischer Unterdrückung, die sie beeinträchtigt, körperlich und seelisch.

Gibt es seit der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, mehr Restriktionen durch Polizei und Militär?

Jerusalem ist generell eine Polizei- und Soldatenstadt. Die Polizei ist ständig präsent, um der Stadt den israelischen Charakter aufzuzwingen. Zudem wird Jerusalem seit mehr als drei Jahrzehnten von anderen von Palästinensern bewohnten Städten rundum isoliert. Hinzu kommen unfaire und unlogische Steuern für Palästinenser in Jerusalem, eine eingeschränkte Sozial- und Gesundheitsversorgung, sowie die Räumung und Zerstörung von Häusern – all dies sind Werkzeuge der »ethnischen Säuberung« der Stadt oder, wie einige es nennen, der »soften Vertreibung«.

Was bedeutet die Entscheidung Trumps für die Palästinenser?

Die Balfour-Deklaration (Zugeständnis für eine »nationale Heimstätte der Juden in Palästina«, die die Briten während ihrer Eroberung des ehemals osmanischen Gebietes 1917 den Zionisten machten, jW) kommt in verschiedenen Ausprägungen – aber im selben Kontext zurück; einer, der nicht das Recht hat zu geben, gibt dem, der nicht das Recht hat zu nehmen. Die Menschen fühlen sich bereits seit Jahrzehnten durch die administrative Rolle und Position der USA entmutigt, weil sie erkannt haben, dass sie parteiisch sind.

Welche Befürchtungen haben Ihre Nachbarn und Freunde?

Wie ich es sehe, haben die meisten Menschen Angst davor, dass sie sich auf eine weitere Runde von nicht enden wollenden, wertlosen Verhandlungen einstellen müssen, die darauf abzielen, die »Jerusalem Palästinenser« loszuwerden. Der öffentlich bekundete Plan ist folgender: auf der einen Seite, die Anzahl der Palästinenser zu minimieren und einige stark bevölkerte Teile Jerusalems aus den Stadtgrenzen zu »drücken« und auf der anderen

Seite, jüdisch bevölkerte Gebiete in die Stadtgrenzen einzubinden, sowie jüdische Einwohner durch verschiedene Mittel wie Steuerfreibeträge, attraktive Kredite, niedrigpreisige Wohnungen etc. anzulocken.

Verschiedene palästinensische Organisationen haben zum vereinten Widerstand aufgerufen. Wie könnte er verlaufen?

Die letzten Umfragen zeigten, dass die Palästinenser an einem »friedlichen Volksaufstand« interessiert sind. Die gewalttätigen Handlungen der Militärkräfte könnten jedoch zu einer weiteren Eskalation und noch größeren Brutalität gegenüber den palästinensischen Menschen führen.

Welche Chance haben linke Bewegungen – oder wird Trumps Entscheidung am Ende die Hamas stärken?

Die Hamas legt Umfragen zufolge seit Trumps Erklärung an Popularität gegenüber der Fatah zu.

Einige der linken Parteien waren schon länger gegen den Oslo-Prozess, weil sie ihn für unerreichbar halten und er nicht zu nachhaltigem Frieden führe. Sie fordern einen »demokratischen Vielvölkerstaat«. Trumps Erklärung könnte diesen Ansatz wiederbeleben. Das wäre im Interesse aller Marginalisierten. Aber er würde von allen Kapitalisten – auf lokaler wie internationaler Ebene – bekämpft werden. Denn er würde deren Interessen zuwiderlaufen.